

Schriften zum Internationalen Recht

Band 154

Die Selbstbestimmung Sterbewilliger

Sterbehilfe im deutschen und amerikanischen
Verfassungsrecht

Von

Ulf Kämpfer



Duncker & Humblot · Berlin

ULF KÄMPFER

Die Selbstbestimmung Sterbewilliger

Schriften zum Internationalen Recht

Band 154

Die Selbstbestimmung Sterbewilliger

Sterbehilfe im deutschen und amerikanischen
Verfassungsrecht

Von

Ulf Kämpfer



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin
hat diese Arbeit im Jahre 2004 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2005 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme und Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0720-7646
ISBN 3-428-11772-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Januar 2004 von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung befinden sich im Wesentlichen auf dem Stand September 2003. Für die Veröffentlichung wurde die Arbeit gekürzt, teilweise konnte noch neue Literatur und Rechtsprechung berücksichtigt werden.

Ich danke Prof. Dr. Bernhard Schlink für die Betreuung der Arbeit. Er ließ mir alle Freiheiten und war doch immer zur Stelle, wenn ich Rat und Unterstützung brauchte. Privatdozent Dr. Klaus Joachim Grigoleit danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ludwig Schreiber, Prof. Dr. Ralf Dreier und Prof. Dr. Erwin Bernat schulde ich Dank für Unterstützung zu Beginn des Vorhabens. Der Studienstiftung des deutschen Volkes und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst danke ich für die großzügige finanzielle Förderung der Dissertation. Die Columbia University Law School in New York hat mir auf Vermittlung von Prof. Gerald L. Neuman unbürokratisch im Herbst/Winter 2000/2001 einen Forschungsaufenthalt ermöglicht. Ihre stets gesprächs- und hilfsbereiten Professoren haben mir viele neue Perspektiven des Themas Sterbehilfe eröffnet.

Dankbar für vielfältige Unterstützung bin ich schließlich den Freundinnen und Freunden Dr. Jörg Antoine, Jan Dirk Bohage (LL. M.), Dr. Christian Grote, Alexandra Kemmerer (LL. M.), Dr. Iris-Carola Keun und Dr. Matthias Klatt. Der größte Dank gebührt meiner Frau Anke Erdmann. Ohne ihre Solidarität und Ermunterung wäre gar nichts gegangen.

Ich widme die Arbeit meinen Eltern Lilo und Hermann Kämpfer.

Kiel, Frühjahr 2005

Ulf Kämpfer

Inhaltsübersicht

Einleitung	27
A. Aktualität des Themas Sterbehilfe	27
B. Sterbehilfe im Verfassungsrecht	29
C. Rechtsvergleichende Perspektive	30
D. Gang und Grenzen der Arbeit	31

Erster Teil

Die Selbstbestimmung Sterbewilliger im einfachen Recht 34

A. Begriffe	34
B. Sterbehilfe im einfachen Recht der USA	38
C. Sterbehilfe im einfachen Recht Deutschlands	54
D. Zusammenfassung erster Teil	66

Zweiter Teil

Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen 69

A. Einleitung	69
B. Verfassungsgerichtsbarkeit und Verfassungsinterpretation in den USA	69
C. Verfassungsgerichtsbarkeit und Verfassungsinterpretation in Deutschland	81
D. Zusammenfassung zweiter Teil	89

Dritter Teil

Selbstbestimmungsrechte Sterbewilliger im amerikanischen Verfassungsrecht 90

A. Einleitung	90
B. Fundamentales Freiheitsinteresse unter der Due Process-Klausel	91

C. Religionsfreiheit	150
D. Zusammenfassung dritter Teil	155

Vierter Teil

**Selbstbestimmungsrechte Sterbewilliger
im deutschen Verfassungsrecht** 159

A. Einleitung	159
B. Aktueller Meinungsstand	159
C. Verfügungsrecht über das eigene Leben	171
D. Zusammenfassung vierter Teil	249

Fünfter Teil

**Beschränkungen und ihre Rechtfertigung
im amerikanischen Verfassungsrecht** 252

A. Beschränkungen	252
B. Rechtfertigungsmaßstäbe	254
C. Staatliche Interessen an der Beschränkung	257
D. Exkurs: Struktur und Relevanz des „Arguments der schiefen Ebene“	264
E. Rechtfertigung von Beschränkungen	291
F. Gleichheitssatz und Selbstbestimmung Sterbewilliger	309
G. Zusammenfassung fünfter Teil	320

Sechster Teil

**Beschränkungen und ihre Rechtfertigung
im deutschen Verfassungsrecht** 324

A. Beschränkungen	324
B. Rechtfertigungsmaßstäbe	327
C. Legitime Zwecke bei der Beschränkung	328
D. Rechtfertigung von Beschränkungen	332
E. Gleichheitssatz und Selbstbestimmung Sterbewilliger	375
F. Zusammenfassung sechster Teil	377

Inhaltsübersicht	9
------------------	---

Siebenter Teil

Rechtsvergleich	381
A. Grundrechtsdogmatik	383
B. „Verfassung der Freiheit“ versus „Verfassung der Würde“?	394
C. Rolle der Verfassungsgerichte	396
D. Gewährleistung der Selbstbestimmung Sterbewilliger	397
E. Die Bedeutung außerrechtlicher Faktoren	406
F. Erträge des Rechtsvergleichs	413

Achter Teil

Schluss und Ausblick	421
Literaturverzeichnis	425
Sachregister	460

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	27
A. Aktualität des Themas Sterbehilfe	27
B. Sterbehilfe im Verfassungsrecht	29
C. Rechtsvergleichende Perspektive	30
D. Gang und Grenzen der Arbeit	31
<i>Erster Teil</i>	
Die Selbstbestimmung Sterbewilliger im einfachen Recht	34
A. Begriffe	34
B. Sterbehilfe im einfachen Recht der USA	38
I. Beihilfe zur Selbsttötung	39
II. Aktive Sterbehilfe	41
III. Indirekte Sterbehilfe	42
IV. Passive Sterbehilfe	43
1. Passive Sterbehilfe bei entscheidungsfähigen Personen	44
2. Passive Sterbehilfe bei entscheidungsunfähigen Personen	45
a) Entscheidungsmaßstäbe	48
b) Gesetzlich geregelte Möglichkeiten antizipierter und stellvertretender Entscheidung	50
V. Aktuelle Entwicklungen	53
C. Sterbehilfe im einfachen Recht Deutschlands	54
I. Beihilfe zur Selbsttötung	55

II. Aktive Sterbehilfe	56
III. Indirekte Sterbehilfe	57
IV. Passive Sterbehilfe	59
V. Reformbestrebungen und aktuelle Entwicklungen	63
D. Zusammenfassung erster Teil	66

Zweiter Teil

Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	69
A. Einleitung	69
B. Verfassungsgerichtsbarkeit und Verfassungsinterpretation in den USA	69
I. Der Supreme Court im Verfassungsgefüge	69
II. Die Methoden der Verfassungsinterpretation	72
1. Textualism	72
2. Structural Interpretation	73
3. Originalism	74
4. Doctrine of Precedents	75
5. Teleologische Argumente	76
6. Minimalism	78
7. Integration der verschiedenen Ansätze	79
C. Verfassungsgerichtsbarkeit und Verfassungsinterpretation in Deutschland	81
I. Das Bundesverfassungsgericht im Verfassungsgefüge	81
II. Grundrechtstheorien	82
III. Die Methoden der Verfassungs- und Grundrechtsinterpretation	84
1. Kanon der Auslegungsarten?	84
2. Grundrechtswandel und Verfassungsaktualisierung	86
3. Expansion der Grundrechte	87
D. Zusammenfassung zweiter Teil	89

Dritter Teil

**Selbstbestimmungsrechte Sterbewilliger
im amerikanischen Verfassungsrecht 90**

A. Einleitung 90

B. Fundamentales Freiheitsinteresse unter der Due Process-Klausel 91

 I. Substantive Due Process 91

 1. Die Geburt des Substantive Due Process 91

 2. Right of Privacy 93

 3. Stagnation oder vorsichtiger Ausbau? – Substantive Due Process heute ... 96

 a) *Bowers v. Hardwick* 96

 b) *Planned Parenthood of Southeastern Pennsylvania v. Casey* 98

 II. Die konkurrierenden Anerkennungsparadigmen 99

 III. Selbstbestimmung Sterbewilliger als fundamentales Freiheitsinteresse 101

 1. Ausdehnung des Right of Privacy auf den Bereich der Sterbehilfe 101

 2. Case of First Impression: *Cruzan v. Director, Missouri Dep’t of Health* 104

 3. Zwischenergebnis 108

 4. *Washington v. Glucksberg* 108

 a) Die Argumentation der Kläger 110

 b) Die Entscheidungen der Vorinstanzen 112

 c) Die Entscheidung des Supreme Court 113

 (1) Die Urteilsbegründung 113

 (2) *Concurring Opinions* 116

 (a) Herangehensweise an Substantive Due Process 117

 (b) Umschreibung des streitgegenständlichen Freiheitsinteresses .. 117

 (c) Subsumtion 118

 (d) Resümee 121

 5. Analyse und Kritik 122

 a) Die Auswirkung der gewählten Interpretationsmethode 122

 b) Die Bedeutung der Rechtstradition im Interpretationsprozess 124

 c) Die Beschreibung des Freiheitsinteresses 126

(1) Mögliche Beschreibungen	126
(2) Der angemessene Generalitätslevel	127
(3) Die Anschlussfähigkeit der Selbstbestimmungsinteressen Sterbewilliger an Präjudizien	131
(4) Abtreibung und Selbstbestimmung Sterbewilliger	134
d) Institutionell-demokratische Erwägungen	136
6. Ausprägungen der Selbstbestimmungsrechte Sterbewilliger	138
a) Right to Suicide	138
b) Right to Die	139
c) Partikularrechte	141
(1) Passive Sterbehilfe	141
(2) Indirekte Sterbehilfe	142
(3) Ärztlich assistierte Selbsttötung	143
(4) Aktive Sterbehilfe	144
7. Resümee und Ausblick	146
C. Religionsfreiheit	150
D. Zusammenfassung dritter Teil	155

Vierter Teil

Selbstbestimmungsrechte Sterbewilliger im deutschen Verfassungsrecht

A. Einleitung	159
B. Aktueller Meinungsstand	159
I. Grundrechtliche Zuordnung	160
1. Stellungnahmen zu Art. 1 Abs. 1 GG	160
2. Stellungnahmen zu Art. 2 Abs. 1 GG	162
3. Stellungnahmen zu Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	164
4. Andere verfassungsrechtliche Aspekte	168
II. Ausprägungen der Selbstbestimmung Sterbewilliger	168
III. Entwicklungslinien	170

C. Verfügungsrecht über das eigene Leben	171
I. Art. 1 Abs. 1 GG – Schutz der Menschenwürde	172
1. Begriff und rechtliche Struktur der Menschenwürde	172
2. Menschenwürde und Selbstbestimmung Sterbewilliger	174
II. Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG – Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit	177
1. Integritätsorientierter Schutzbereich	178
a) Recht auf Leben als Integritätsschutz	178
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit als Integritätsschutz	180
c) Auf Integrität der Schutzgüter bezogene staatliche Schutzpflicht	180
2. Verfügungsrecht aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	181
a) Verfügungsrecht als Grundrechtsverzicht	182
b) Verfügungsrecht als negative Grundrechtsseite	189
c) Verfügungsrecht als Gewährleistung handlungsorientierter Freiheit	194
(1) Wortlaut	195
(2) Entstehungsgeschichte	195
(3) Systematisch-teleologische Auslegung	197
(a) Selbstbestimmung als Gegenstand des Grundrechte	198
(b) Freiheit der Verfügung über die körperliche Unversehrtheit	199
(c) Freiheit der Verfügung über das Leben	203
(aa) Normative Offenheit des Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	203
(bb) Verschränkung der Schutzgüter Leben und Körper in einheitlichem Lebenszusammenhang	203
(cc) Behandlungsabbruch als anerkannte Ausübung eines Verfügungsrechts über das Leben	205
(dd) Neue Selbstbestimmungsbedürfnisse in der modernen Medizin	206
(ee) Existenzielle Bedeutung der Verfügungsfreiheit	207
(ff) Keine Einengung des Schutzbereichs auf bestimmte Verfügungen	209
(gg) Keine Einengung des Schutzbereichs auf aktuelle Verfügungen	209
3. Einwände gegen ein Verfügungsrecht über das eigene Leben	212
a) Schutz der Menschenwürde als Dispositionsgrenze	213
(1) Objektiv-rechtliche Wirkungen des Menschenwürdeschutzes	213
(2) Inpflichtnahme durch das „Menschenbild des Grundgesetzes“?	216

(3) Verhältnis von Art. 1 Abs. 1 GG zu Art. 2 Abs. 2 S. 1 und S. 3 GG	218
(4) Unantastbarkeit des im Grundrecht auf Leben repräsentierten Menschenwürdegehalts	219
b) Wesensgehaltsgarantie gemäß Art. 19 Abs. 2 GG als Sperre für ein Verfügungsrecht	220
c) Das Lebensgrundrecht als „vitale Basis“ aller Grundrechte	221
d) Das Argument der Irreversibilität von Verfügungen	222
e) Das Argument der gesellschaftlichen Existenzerhaltung	223
4. Zwischenergebnis	224
5. Die Beteiligung Dritter an Lebensbeendigungen	224
a) Beteiligung Dritter als Fremdverfügung?	224
b) Verstoß gegen Fremdtötungstabu?	226
c) Unterschiede zwischen hoheitlicher und privater Beteiligung	229
6. Resümee	231
III. Art. 2 Abs. 1 GG – Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit	232
1. Allgemeine Handlungsfreiheit	233
2. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	233
3. Resümee	236
IV. Art. 4 Abs. 1, 2 GG – Glaubens-, Religions- und Gewissensfreiheit	237
V. Konkurrenzen	241
1. Horizontale Konkurrenzen	242
2. Vertikale Konkurrenzen	244
a) Europäische Menschenrechtskonvention	244
b) Landesverfassungen	249
D. Zusammenfassung vierter Teil	249

Fünfter Teil

Beschränkungen und ihre Rechtfertigung im amerikanischen Verfassungsrecht	252
A. Beschränkungen	252
B. Rechtfertigungsmaßstäbe	254

C. Staatliche Interessen an der Beschränkung	257
I. Allgemeines Interesse am Schutz des Lebens	258
II. Schutz vor unerwünschten sozialen Konsequenzen	259
III. Verhinderung von Suiziden	260
IV. Schutz besonders gefährdeter Patientengruppen	261
V. Aufrechterhaltung der ethischen Integrität der Ärzteschaft	262
VI. Schutz „unschuldiger Dritter“	263
VII. Resümee	264
D. Exkurs: Struktur und Relevanz des „Arguments der schiefen Ebene“	264
I. Arten von Schiefe-Ebene-Argumenten	265
1. Logisch-konzeptuelle Schiefe-Ebene-Argumente	266
2. Empirische Schiefe-Ebene-Argumente	269
3. Schiefe-Ebene-Argument und Missbrauchsargument	269
II. Plausibilität und Entkräftung von Schiefe-Ebene-Argumenten	270
III. Schiefe-Ebene-Argumente in der Sterbehilfediskussion	271
1. Fehlen rationaler Abgrenzungskriterien	272
2. Verwendung vager Begriffe	276
3. Sozialpsychologische Auswirkungen und empirische Argumente	277
a) Eugenik und „Euthanasie“-Vernichtungsprogramm	278
b) Die Erfahrungen mit aktiver Sterbehilfe in den Niederlanden	280
c) Die Erfahrungen mit Physician-Assisted Suicide in Oregon	282
4. Motive für das Hinabgleiten auf der schiefen Ebene	283
5. Die Schwierigkeit, den letzten Punkt vor der schiefen Ebene zu benennen	283
IV. Schiefe-Ebene-Argumente im juristischen Diskurs	285
1. Schiefe-Ebene-Argumente als Folgenargumente	285
2. Schiefe-Ebene-Argumente und Präzedenzfälle	287
3. Die verfassungsrechtliche Bedeutung von Schiefe-Ebene-Argumenten	287
V. Resümee	289

E. Rechtfertigung von Beschränkungen	291
I. Rechtfertigung von Beschränkungen assistierter Selbsttötung	292
II. Rechtfertigung von Beschränkungen indirekter Sterbehilfe	295
III. Rechtfertigung von Beschränkungen aktiver Sterbehilfe	295
IV. Rechtfertigung von Beschränkungen passiver Sterbehilfe	296
1. Entscheidungsfähige Patienten	296
2. Entscheidungsunfähige Patienten	297
a) Beweismaßstäbe bei der Ermittlung des Sterbewillens	298
b) Einstellung künstlicher Ernährung	301
c) Kampf um die Deutungshoheit über den Patientenwillen: Der Fall Theresa Schiavo	302
V. Objektive Kriterien und Lebensqualität im Rechtfertigungsprozess	306
VI. Resümee	308
F. Gleichheitssatz und Selbstbestimmung Sterbewilliger	309
I. Dogmatik der Equal Protection-Klausel	309
II. Equal Protection und Selbstbestimmung Sterbewilliger	310
1. Der Ansatz substanzieller Äquivalenz: Quill v. Vacco	310
2. Der restriktive Ansatz: Lee v. Oregon	314
3. Behandlungsabbruch und ärztlich assistierte Selbsttötung im Vergleich	315
a) Vorsatzstrukturen	316
b) Kausalzusammenhänge	317
c) Missbrauchs- und Schiefe-Ebene-Gefahren	318
4. Resümee	319
G. Zusammenfassung fünfter Teil	320

Sechster Teil

Beschränkungen und ihre Rechtfertigung im deutschen Verfassungsrecht	324
A. Beschränkungen	324
B. Rechtfertigungsmaßstäbe	327
C. Legitime Zwecke bei der Beschränkung	328
I. Schutz von Grundrechten Dritter und Verwirklichung objektiv-rechtlicher Grundrechtsgehalte	328
II. Schutz des Sterbewilligen vor sich selbst	330
III. Sonstige legitime Zwecke	331
D. Rechtfertigung von Beschränkungen	332
I. Ermessensspielraum des Gesetzgebers	332
II. Die Kriterien der Verhältnismäßigkeitsprüfung	333
III. Missbrauchs- und Schiefe-Ebene-Argumente in der Verhältnismäßigkeits- prüfung	336
IV. Rechtfertigung von Beschränkungen der Rechte aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG ...	338
1. Schranke des Art. 2 Abs. 2 S. 3 GG	338
2. Verhältnismäßigkeit von Beschränkungen	339
a) Passive Sterbehilfe bei entscheidungsfähigen Patienten	339
b) Passive Sterbehilfe bei entscheidungsunfähigen Patienten	339
(1) Allgemeine Wertvorstellungen und objektive Kriterien im Rechtfertigungsprozess	342
(2) Einstellung künstlicher Ernährung	347
(3) Resümee	348
c) Aktive Sterbehilfe	349
d) Indirekte Sterbehilfe	360
e) Selbsttötung und Beihilfe zur Selbsttötung	361
V. Rechtfertigung von Beschränkungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ..	363
VI. Rechtfertigung von Beschränkungen der Rechte aus Art. 4 GG	365
VII. Verletzungen der Menschenwürde	367

VIII. Schutzpflichten und Selbstbestimmung Sterbewilliger	368
1. Schutzpflicht zugunsten der Grundrechte des Sterbewilligen	368
2. Schutzpflicht zugunsten der Grundrechte Dritter	371
a) Schutzpflichtaktivierende Gefahrenschwelle (Ob der Schutzpflicht)	372
b) Staatlicher Beurteilungsspielraum (Wie der Schutzpflicht)	373
E. Gleichheitssatz und Selbstbestimmung Sterbewilliger	375
I. Gewährleistungsgehalt und Anwendung von Art. 3 Abs. 1 GG	375
II. Bedeutung für die Selbstbestimmung Sterbewilliger	376
F. Zusammenfassung sechster Teil	377
<i>Siebenter Teil</i>	
Rechtsvergleich	381
A. Grundrechtsdogmatik	383
I. Recht auf Leben	383
II. Selbstbestimmung	383
1. Anerkennungs- und Prüfungsmaßstab bei nicht ausdrücklich gewährleisteten Freiheitsrechten	384
2. Staatliche Interessen und Schutzpflichten	386
3. Abtreibung und Selbstbestimmung Sterbewilliger	387
4. Right to Die – Verfügungsfreiheit über das eigene Leben	388
III. Menschenwürde	390
IV. Glaubens-, Religions- und Gewissensfreiheit	392
V. Gleichheitssatz	393
B. „Verfassung der Freiheit“ versus „Verfassung der Würde“?	394
C. Rolle der Verfassungsgerichte	396
D. Gewährleistung der Selbstbestimmung Sterbewilliger	397
I. Passive Sterbehilfe	397
II. Indirekte Sterbehilfe	400

Inhaltsverzeichnis	21
III. Aktive Sterbehilfe	401
IV. Ärztlich assistierte Selbsttötung	402
V. Ansätze für eine Prozeduralisierung von Sterbehilfe	404
E. Die Bedeutung außerrechtlicher Faktoren	406
I. Das gesellschaftspolitische Klima	406
II. Einfluss der „Lehren aus dem Nationalsozialismus“	407
III. Einfluss der Kirchen	408
IV. Einfluss der Medizin	409
V. Einfluss von Moralphilosophie und Bioethik	411
F. Erträge des Rechtsvergleichs	413
<i>Achter Teil</i>	
Schluss und Ausblick	421
Literaturverzeichnis	425
Sachregister	460

Abkürzungsverzeichnis

Das Verzeichnis enthält eine Auswahl der verwendeten Abkürzungen. Nicht aufgeführte amerikanische Abkürzungen folgen weitgehend dem von der Harvard Law Review Association herausgegebenen *The Bluebook – A Uniform System of Citation*, 17. Aufl., Cambridge, Mass., 2003, nicht aufgeführte deutsche Abkürzungen folgen weitgehend Kirchner, Hildebert/Butz, Cornelia, *Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache*, 5. Aufl., Berlin 2003.

A.2d	Atlantic Reporter, Second Series
a. A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
abw.	abweichend(e)
AcP	Archiv für civilistische Praxis
AE	Alternativentwurf
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
Alas.	Alaska
Alt.	Alternative
a. M.	anderer Meinung
Am.	American; Amendment
AMA	American Medical Association
Ann.	Annotated
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
App.	Appeals
Ariz.	Arizona
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
B.	Boston
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.; Bde.	Band; Bände
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestag-Drucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz

BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis
BVerfG; BVerfGE	Bundesverfassungsgericht; Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG; BVerwGE	Bundesverwaltungsgericht; Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
Cal.; Calif.	California
Cal. App.	California Appellate Reports
Cal. Rptr.	West's California Reporter
Cent.	Center
cert.	certiorari
ch.	chapter
Chi.	Chicago
Cir.	Circuit
Cl.	Clause
Co.	Company
Colo.	Colorado
Colum.	Columbia
Comp.	Comparative
conc.	concurring opinion
Conn.	Connecticut
Ct. App.	Court of Appeals; Court Appellate
D.	District Court (Federal)
DÄBl.	Deutsches Ärzteblatt
D.C.	District of Columbia
Del.	Delaware
Dep't	Department
diss.	dissenting opinion
Dist. Ct.	District Court
DJT	Deutscher Juristentag
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ed.	edition
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
f.; ff.	folgende; fortfolgende
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fla.	Florida
FS	Festschrift

F.Supp.	Federal Supplement
GA	Golthammers Archiv für Strafrecht
Ga.	Georgia
GS	Gedächtnisschrift
GSA	Grundsatzausschuss
Harv.	Harvard
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hosp.	Hospital
How.	Howard
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts
i. e. S.	im engeren Sinne
Ill.	Illinois
Inc.	Incorporated
Ind.	Indiana
J.	Journal
JA	Juristische Arbeitsblätter
JAMA	Journal of the American Medical Association
JöR	Jahrbuch für öffentliches Recht
JR	Juristische Rundschau
JRE	Jahrbuch für Recht und Ethik
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kan.	Kansas
KJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
L.	Law
LG	Landgericht
L. Rev.	Law Review
Mass.	Massachusetts
Md.	Maryland
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Med.	Medicine; Medical
MedR	Medizinrecht
Mich.	Michigan
Minn.	Minnesota
Miss.	Mississippi
Mo.	Missouri
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen

N.E.2d	North Eastern Reporter, Second Series
Neb.	Nebraska
N. Engl. J. Med.	New England Journal of Medicine
Nev.	Nevada
n.F.	neue Folge
NJ	Neue Justiz
N.J.	New Jersey
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No(s).	Number(s)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
N.W.2d	North Western Reporter, Second Series
N.Y.	New York
N.Y.2d	New York Reports, Second Series
N.Y.S. 2d	West's New York Supplement, Second Series
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
Or.	Oregon
ÖStGB	Österreichisches Strafgesetzbuch
P2d	Pacific Reporter, Second Series
Pa.	Pennsylvania
Phil.	Philosophy
Rep.	Report
Rev.	Review; Revised
RG	Reichsgerichtshof
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
Rich.	Richmond
RR	Rechtsprechungs-Report
S.	Satz; Seite
Sch.	School
scil.	scilicet, nämlich
S.Ct.	Supreme Court Reporter
S.E.2d	South Eastern Reporter, Second Series
Sec(s).	Section(s)
s. o.	siehe oben
So.2d	Southern Reporter, Second Series
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
Stat.	Statutes
s. u.	siehe unten
sub nom.	sub nomine
Sup. Ct.	Supreme Court (State)
Supp.	Supplement

S.W.2d	South Western Reporter, Second Series
Tenn.	Tennessee
Tex.	Texas
U.	University
UCLA	University of California at Los Angeles
U.S.	United States Reports; Supreme Court (federal); United States
U.S.C.	United States Code
U.S.C.A.	United States Code Annotated
v.	versus; von
Va.	Virginia
Var.	Variante
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
vol.	volume
VVDStRL	Veröffentlichung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
W.	West(ern); Week
Wash.	Washington
Wis.	Wisconsin
WL	West Law
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht
ZME	Zeitschrift für medizinische Ethik
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

Einleitung

„Americans say they want to die at home, quickly, painlessly, and in the company of friends and family. Most, however, die in hospitals, slowly, often in pain, and surrounded by strangers.“¹

„Der größte Verstoß gegen die Heiligkeit des Lebens ist es, vor ihrer Komplexität in Gleichgültigkeit oder Bequemlichkeit auszuweichen.“²

A. Aktualität des Themas Sterbehilfe

Der Wunsch, in der letzten Lebensperiode die Lebensqualität zu erhalten und die eigene Würde und Autonomie zu wahren, wird durch die moderne Medizin nicht nur gefördert, sondern auch in Frage gestellt. Geistiger und körperlicher Verfall führen heute nicht mehr notwendig zu einem schnellen, als schicksalhaft empfundenen Tod, sondern zum immer weiter perfektionierten Einsatz lebenserhaltender intensivmedizinischer Maßnahmen. In einem früher undenkbar Maß lässt die Medizin den Anschein der Natürlichkeit und Schicksalhaftigkeit des Todeszeitpunktes verblassen. Dadurch ist die Bedeutung von Entscheidungen über Hilfe im und Hilfe zum Sterben gewachsen und aus der Intimität, Diskretion und Selbstgesetzlichkeit ärztlichen Handelns herausgelöst worden.

Durch diese und andere Entwicklungen³ sind die bestehenden rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse des Sterbens unter Rechtfertigungsdruck geraten. Ob und inwieweit der Einzelne selbst über die Umstände des Sterbens – insbesondere den Zeitpunkt des eigenen Todes – entscheiden darf, ist eine Rechtsfrage von existenzieller Bedeutung geworden. Die nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern aufgeworfenen Probleme der Zulässigkeit und der Grenzen lebensverkür-

¹ *Annas*, *Some Choice*, S. 209.

² *R. Dworkin*, *Die Grenzen des Lebens*, S. 334.

³ Gesellschaftliche Individualisierung, das veränderte Arzt-Patienten-Verhältnis und die allmähliche Enttabuisierung der Selbsttötung sind weitere, den komplexen gesellschaftlichen Wandel im Bereich des Sterbens kennzeichnende Stichworte. Hinzuweisen ist zudem auf die durch die Krise des Wohlfahrtsstaates, demographische Entwicklungen und technische Innovationen verursachte gesundheitsökonomische Debatte, dazu aus verfassungsrechtlicher Sicht *Höfling*, in: *Rationierung im Gesundheitswesen*, S. 143 ff., *Nettesheim*, *VerwArch.* 93 (2002), 315 ff.

zender Sterbehilfe werden seit über zwanzig Jahren an der Schnittstelle von Sozialmoral, medizinischer Ethik und Recht diskutiert.⁴

Es mangelt in Deutschland nicht an Versuchen von Gerichten, Rechtswissenschaft und gesellschaftlichen Institutionen, einen Beitrag zur Klärung der vielen offenen Fragen zu leisten. Der Bundesgerichtshof hat sich mittlerweile mit fast allen Formen der Sterbehilfe aus vorwiegend strafrechtlicher Sicht auseinander gesetzt.⁵ Auf dem 56. (1986) und 63. (2000) Deutschen Juristentag wurde über straf- bzw. zivilrechtliche Reformen des Sterbehilferechts gestritten. 1998 verabschiedete die Bundesärztekammer nach intensiver öffentlicher Diskussion neue „Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbebegleitung“.⁶ Anfang 2003 fasste der Bundesgerichtshof einen Grundsatzbeschluss zur Rolle des Betreuungsrechts bei der Entscheidung über lebensbeendende Behandlungsabbrüche.⁷ Sowohl der Nationale Ethikrat als auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Ethik und Recht der modernen Medizin“ befassten sich in der Folgezeit mit dem Thema Sterbehilfe.⁸

In einigen Nachbarländern Deutschlands traten in den letzten Jahren Gesetze zur Zulassung aktiver Sterbehilfe in Kraft (2001 in den Niederlanden, 2002 in Belgien). In der Schweiz wurden auf kommunaler Ebene praktische Regelungen über die Leistung von Selbsttötungsbeihilfe getroffen, das Land wird zudem mit dem Phänomen eines „Sterbehilfetourismus“ konfrontiert.⁹ Auch in den

⁴ Einen guten Überblick bieten *Giesen*, JZ 1990, 929 ff.; *Benzenhöfer*, Der gute Tod?, insbesondere S. 145 ff., 184 ff. Zur Entwicklung in den USA *Urofsky*, Lethal Judgments. Assisted Suicide and American Law, und *Meisel*, The Right to Die. Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat das Wort „Sterbehilfe“ in die Liste der „100 Wörter des Jahrhunderts“ aufgenommen, siehe *Schmidt*, in: 100 Wörter des Jahrhunderts, S. 280 ff.; in der 20. Auflage der Brockhaus-Enzyklopädie, 21. Band, S. 95 ff., wird das Stichwort Sterbehilfe als sogenannter „Schlüsselbegriff“ erläutert. Zur Aktualität des Themas Sterbehilfe auf europäischer Ebene siehe nur das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur aktiven Sterbehilfe in *Pretty v. United Kingdom*, EuGRZ 2002, 234, die im Januar 2003 veröffentlichte Studie des Europarats zu Rechtslage und Praxis hinsichtlich aktiver Sterbehilfe und assistierter Selbsttötung in den Mitgliedstaaten, verfügbar unter www.coe.int/euthanasia-report, sowie die Debatte über Sterbehilfe in der parlamentarischen Versammlung des Europarats im April 2004, vgl. *Hausmann*, Neue Zürcher Zeitung, 28. 4. 2004, S. 17.

⁵ Vgl. nur BGHSt 32, 367 (1984); BGH, NJW 1987, S. 1092 f. (1986); BGHSt 37, 376 (1991); 40, 257 (1994); 42, 301 (1996); 46, 279 (2001).

⁶ Abgedruckt in NJW 1998, 3406 f.; zur Kritik *Tölmeir*, MedR 1997, 534 ff.; Kommentierung bei *Laufs/Uhlenbruck*, Arztrecht, § 132, Rn. 17 ff. 2004 hat die Bundesärztekammer die Grundsätze erneuert, ohne grundlegende Änderungen vorzunehmen, vgl. FAZ, 7. 5. 2004, S. 40. Die Grundsätze sind im Internet verfügbar unter www.bundesaerztekammer.de.

⁷ BGH, NJW 2003, 1588.

⁸ Vgl. www.ethikrat.org und www.bundestag.de/parlament/kommissionen/ethik_med/, sowie den „Zwischenbericht Patientenverfügung“ der Enquete-Kommission (BT-Drs. 15/3700).

⁹ Der Stadtrat von Zürich hat Ende 2000 Beihilfe zur Selbsttötung in kommunalen Alten- und Pflegeheimen erlaubt, vgl. *Spöndlin*, Bioskop 2001(13), S. 6 f., *Ernst/Ernst*, Neue Zür-

USA findet seit den siebziger Jahren eine lebhaftere Auseinandersetzung über *end-of-life-decisions, assisted suicide* und die Anerkennung eines *right to die* statt.¹⁰ Anders als in Deutschland hat sie zu umfangreichem gesetzgeberischen Handeln geführt. 1990 und 1997 nahm zudem der amerikanische Supreme Court zu verfassungsrechtlichen Aspekten der Selbstbestimmung Sterbewilliger Stellung.¹¹

B. Sterbehilfe im Verfassungsrecht

Die verfassungsrechtlichen Bezüge der Sterbehilfe sind wegen der besonderen Gefährdung menschlicher Würde am Lebensende und des in der Problematik zu Tage tretenden Konflikts zwischen Lebensschutz und Selbstbestimmung vielfältig: „Das Recht auf ‚Würde im Sterben‘ ist zur Verfassungsfrage geworden“¹², die zu den „wichtigsten heute anstehenden Fragen“ gehört.¹³

Obwohl viele Aspekte der Sterbehilfe in einer unüberschaubaren Anzahl von Stellungnahmen untersucht wurden und werden, sind die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Themas in Deutschland bislang unzureichend geklärt. Zwar werden Beiträge zur Sterbehilfe häufig durch verfassungsrechtliche Erwägungen ergänzt, diese bilden aber regelmäßig nur einen mehr oder weniger schmalen Rahmen, mit dem moralphilosophische, medizinische, zivil- oder strafrechtliche Untersuchungen angereichert werden.¹⁴ Verfassungstheoretisch und grundrechts-

cher Zeitung, 11./12. 11. 2000, S. 49; kritisch zur Selbsttötungsbeihilfe in der Schweiz *Frei*, FAZ, 8. 11. 2001, S. 13. Allgemein zum Recht und zur Praxis der Sterbehilfe in der Schweiz *Seelmann*, in: *Suizid und Sterbehilfe*, S. 135 ff.; *Marti*, Schweizerische Ärztezeitung 2002, 570 ff.; *Heusser*, Neue Zürcher Zeitung, 21. 7. 2003, S. 7; *Stuedler*, Neue Zürcher Zeitung, 20. 6. 2004, S. 17.

¹⁰ Insbesondere seit dem Grundsatzurteil des Supreme Court von New Jersey 1976 im Fall *Karen Quinlan*, vgl. *Matter of Quinlan*, 355 A.2d 647, cert. denied 429 U.S. 922 (N.J. 1976). Erst in den neunziger Jahren begann eine intensive Auseinandersetzung über ärztlich assistierte Selbsttötung, u. a. ausgelöst durch einen Beitrag von *Quill*, 324 N. Engl. J. Med. 691 ff. (1991).

¹¹ *Cruzan v. Director*, 497 U.S. 261 (1990), *Washington v. Glucksberg*, 521 U.S. 702 (1997), *Vacco v. Quill*, 521 U.S. 793 (1997).

¹² *Benda*, in: HVerfR, § 6, Rn. 53.

¹³ So schon 1976 *Leisner*, in: *Das Recht auf Leben*, S. 5, 9, mit Bezug auf Euthanasie und das Recht auf Leben. *Stern*, Staatsrecht, Bd. III/1, S. 1052, zählt Fragen im Kontext von Mensch, Leben, Geburt und Tod zu „Verfassungsfragen von noch nicht vollständig zu überschender Dimension.“ Als aktuelles Beispiel statt vieler *Anderheiden*, in: *Verantwortung*, S. 149, 173: „Der Streit um die Sterbehilfe ist (...) ein Streit um die (...) Grundrechte.“

¹⁴ So finden sich z. B. in vielen Dissertationen einschlägige verfassungsrechtliche Aussagen, jedoch nur in Form eines eingeschobenen oder „vor die Klammer gezogenen“ allgemeinen Teils, dem straf- oder zivilrechtliche Hauptteile folgen, vgl. *Heyers*, *Passive Sterbehilfe*, S. 187 ff.; *Laber*, *Der Schutz des Lebens im Strafrecht*, S. 6 ff.; *Rieger*, *Die mutmaß-*